



EUROPA UNION  
DEUTSCHLAND

KREISVERBAND STEINFURT



Europa gemeinsam gestalten!

## Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder der Europa-Union,

was war die Welt doch überschaubar, als im alten Hellas noch Götter und Helden wandelten und ein ehrlicher Kampf über Gut und Böse entschied. Einer dieser (Halb-)Götter war Herkules, Sohn des Zeus und der Alkmene. Ein patenter Kerl. Immer, wenn sich etwas am Horizont zusammenbraute – der Mann war zur Stelle und geizte nicht mit Lösungen. Zum Beispiel im Falle der „Hydra“: Die Hydra, ein neunköpfiges, schlangenartiges Ungeheuer, schien unbezwingbar. Schlug man ihr einen Kopf ab, wuchsen gleich zwei neue nach. Das belastete die Umwelt, denn sie „striefte oft übers Land, zerriss die Herden und verwüstete das Feld“. Also musste Herkules ran. Und was soll man sagen: Nach leichten „Startschwierigkeiten“ erlegte er das Untier mit dem Schwerte und der Fa-



ckel, die der tapfere Neffe Jolaos führte. Antikes Krisenmanagement par excellence!

Heute, wo an die Stelle der alles vertilgenden Hydra eine alles verschlingende Finanzkrise getreten ist, träumt so manch einer von der Wiederkehr des Helden. Doch mal ehrlich: Wie sähe das denn aus - ein Herkules zwischen Ratingagenturen und Rettungsschirmen? Genau: albern. Und wen sollte der gute Mann mit seiner Keule auch vermöbeln? Die griechische Regierung? Erboste Demonstranten? EU-Politiker? Alle gemeinsam? Selbst für einen Herkules wäre das zuviel. Daher: Lasst den Mann auf dem Olymp und sucht nach neuen Lösungen! Und tatsächlich: Im Moment scheint in Sachen Griechenland der Kurs auf „sanfte Umschuldung“ zu stehen. Titanisch, nicht wahr?

Gute Unterhaltung bei dieser Ausgabe des Infobriefes!

### EU-Erweiterung

#### Erweiterung, die Erste: Kroatiens EU-Beitritt in greifbarer Nähe

Seit Oktober 2005 laufen sie jetzt: Die Beitrittsverhandlungen Kroatiens mit der Europäischen Union. Doch jetzt sieht es so aus, als könne das Land im Juli 2013 als 28. Land der EU beitreten.

Am 10. Juni verkündete EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, dass die EU-Kommission die Verhandlungen mit Kroatien als abgeschlossen betrachtet.



Damit scheint es, als habe Kroatien die 35 Kapitel des EU-Besitzstandes (das geltende EU-Recht) vorzeitig in seine nationale Rechtsordnung übernommen und die von ihm geforderten

strikten politischen und wirtschaftlichen Kriterien erfüllt.

Nun müssen der Rat der Europäischen Union und die 27 Mitgliedsstaaten über die Empfehlung Barrosos abstimmen. Geht alles glatt, kann der Beitrittsvertrag während der polnischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2011 unterzeichnet werden.



Damit die Reformen bis zum endgültigen Beitritt in 2013 weiter vorangetrieben werden, wird es ein „Monitoring“ in den Bereichen „Wettbewerbsrecht“ (Kapitel 8), „Justiz und Grundrechte“ (Kapitel 23) und „Justiz, Freiheit und Sicherheit“ (Kapitel 24) geben. Mehrere Mitgliedsstaaten hatten dies im Vorfeld gefordert.

Ob das Land jedoch Teil der EU wird, hängt letztlich von den Kroaten selbst ab: Sie müssen in einem Referendum über den Beitritt abstimmen. Derzeit hätte eine solche Abstimmung wenig Aussicht auf Erfolg. Im April sackte die EU-Begeisterung der Kroaten mit einem Schlag von 60 auf deutlich unter 50 Prozent. Der Grund: Die Verurteilung der Ex-Generäle Ante Gotovina und Mladen Markac zu 24 bzw. 18 Jahren Haft durch das UN-Kriegsverbrechertribunal in den Haag. Die Auslieferung Gotovinas an das Tribunal war eine der Bedingungen der EU für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober 2005 gewesen und hatte bei vielen Kroaten für Wut und Verdruss gesorgt.

Zum Beitrittsprozess siehe:

[http://ec.europa.eu/enlargement/enlargement\\_process/accesion\\_process/how\\_does\\_a\\_country\\_join\\_th](http://ec.europa.eu/enlargement/enlargement_process/accesion_process/how_does_a_country_join_th)

## Energiepolitik

### Stresstests für Atomkraftwerke

„Stresstests“ haben in der Europäischen Union derzeit Hochkonjunktur – nach den Banken kommen jetzt die Atomkraftwerke an die Reihe.

Zwei Monate nach dem verheerenden Reaktorunglück von Fukushima gab EU-Energiekommissar Günther Oettinger am 25. Mai bekannt, dass ab dem



EU-Kommissar  
Günther Oettinger

1. Juni alle 143 Kernkraftwerke in der EU einem Stresstest unterzogen werden.

Damit will die EU die Sicherheit der europäischen Atommeiler testen – ein Vorhaben, das sie bereits im März, angesichts der Katastrophe von Fukushima, auf einem EU-Gipfel verkündet hatte.

Laut EU-Kommission und der Europäischen Atom-sicherheitsregulierungsgruppe (ENSREG) soll simuliert werden, wie die Atomkraftwerke auf Naturkatastrophen (Überschwemmungen oder Erdbeben), Unfälle (genannt werden hier u. a. Flugzeugabstürze und Explosionen), den Verlust der Energieversorgung oder aber auf menschliche Bedienfehler reagieren. Letzteres war verantwortlich für die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986.

Terrorangriffe auf Kernkraftwerke, etwa Sprengstoffanschläge oder Cyberattacken, werden hingegen nicht Teil der Simulation sein. Dies hatten Frankreich und Großbritannien durchgesetzt. Beide Länder hatten im Vorfeld darauf verwiesen, dass die Aufnahme solcher Szenarien in den Prüfkatalog Sicherheitskonzepte offen lege und damit die innere Sicherheit gefährde.

Eine weitere Einschränkung könnte sich aus der fehlenden Rechtsverbindlichkeit des Tests ergeben. Denn nicht nur, dass der Test eine freiwillige Angelegenheit ist – immer noch liegt die Energiepolitik in der Kompetenz der Nationalstaaten und folgt somit der Rechtsprechung des jeweiligen Landes.

Es könnte also durchaus sein, dass Staaten nicht die geforderten Maßnahmen ergreifen, um etwaige Mängel an ihren Meilern zu beseitigen – zumal die Atomdebatte im EU-Ausland längst nicht so vehement geführt wird wie in Deutschland.

Letzteres hat zumindest in puncto Stresstest seine Aufgaben bereits erfüllt: Von April bis Mai hatte die Reaktorsicherheitskommission (RSK) die deutschen Atommeiler überprüft.

Erste Ergebnisse aus den Stresstests will die EU im Dezember dieses Jahres veröffentlichen.



Zu den detaillierten Stresstest-Spezifikationen siehe:  
[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/oettinger/headlines/news/2011/05/20110525\\_en.htm](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/oettinger/headlines/news/2011/05/20110525_en.htm)  
(Seite der EU-Kommission)

## U-Artenschutz

### Vive le hamster!

„Die Erde ist aller Wesen Erhalterin, sowohl des Menschen, der sie bebaut, als des Hamsters, der sie durchwühlt“ (Friedrich Gabriel Sulzer, 1749-1830, Arzt und Naturforscher)

Er erreicht eine Länge von 20 bis 34 cm, wiegt zwischen 200 und 650 Gramm und ernährt sich bevorzugt von Hülsenfrüchten, Klee, Kartoffeln, Rüben oder Mais. Als Bodenbewohner und zur Familie der „Wühler“ gehörend, gräbt er mit Vorliebe weit verzweigte Tunnelsysteme, in denen er sich und seine Nahrung versteckt.



Die Rede ist vom Feld- oder auch Europäischen Hamster (lat. *Cricetus cricetus*), dessen natürlicher Lebensraum sich von China über Mittel- und Osteuropa bis nach Belgien und Nordostfrankreich erstreckt. Noch! Denn: Das possierliche Tierchen ist vom Aussterben bedroht.

Während die Nager zum Teil noch bis in die 70er-Jahre hinein als regelrechte Plage für die Landwirtschaft wahrgenommen und sogar gezielt bejagt wurden (oft auch wegen ihres Fells), hat sich in den letzten Jahrzehnten das Bild rapide gewandelt: Durch die Ausdehnung der Städte, die zunehmende Technisierung und Spezialisierung der Landwirtschaft (Einsatz schwerer Maschinen, vergrößerte Felder, beseitigte Kleinstrukturen, Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Mineraldünger) hat sich der Lebensraum der Tiere vielerorts auf ein Minimum reduziert.



Diese Entwicklung schreitet augenscheinlich voran, etwa in Frankreich: Dort, wo in den 60er-Jahren noch geschätzte 10.000 Exemplare der „Grand hamster“ über die Felder flitzten, nahm der Bestand in den Folgejahrzehnten rasant ab. Allein zwischen 2001 und 2007 reduzierte sich die Zahl von ca. 1160 auf 180 Tiere, die sich nur noch in kleinen Gebieten des Elsass aufhalten. Die Gründe für den starken Rückgang auch hier: Ausbreitung der Städte, Technisierung der Landwirtschaft, Anbau von Monokulturen (in diesem Fall der von der Europäischen Union subventionierte Mais).



Und all das, obwohl die Europäische Union den Feldhamster bereits 1992 zur „streng zu schützenden Art von gemeinschaftlichem Interesse“ erhoben und in den Anhang IV der so genannten Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie aufgenommen hatte – einer Richtlinie, deren oberstes Ziel die „Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen“ ist.

Jetzt aber haben die Richter des Europäischen Gerichtshofes in Luxemburg interveniert – zugunsten des französischen Feldhamsters: Anfang Juni urteilten sie, dass die französische Regierung durch ihr Vorgehen in Sachen „Hamster“ gegen die Habitat-Richtlinie verstoße und kein Programm von Maßnahmen aufgestellt habe, die einen strengen Schutz der Art *Cricetus cricetus* erlaubten.

Damit ist die Regierung in Paris angehalten, ihre Haltung zu den putzigen Nagern zu überdenken. Sollte Frankreich das Urteil nicht richtliniengerecht umsetzen, drohen ein erneutes Verfahren und empfindliche Geldstrafen.



Vielleicht nutzen die Franzosen bei der Entwicklung eines „Hamsterschutzkonzeptes“ ja Erfahrungswerte aus Deutschland. Dort kam es 2001 im Zuge der Planungen für den Gewerbepark „Avantis“ in der Nähe von Aachen zu einem regelrechten „Hamsterkrieg“: Umweltschützer hatten auf der zu bebauenden Fläche Feldhamster ausgemacht. Daraufhin schaltete sich die EU-Kommission ein und drohte Deutschland mit einem Vertragsverletzungsverfahren beim Europäischen Gerichtshof, sollten keine Maßnahmen zum Schutz der Tiere erfolgen. Die Folge: ein mehrjähriger Rechtsstreit.

Das Resultat: Nach einem millionenschweren Hamster-Zuchtprojekt aus Steuermitteln des Landes Nordrhein-Westfalen und dem Mangel an eindeutigen Hinweisen für das Auftreten des kleinen Nagers konnte der Bau-stopp für den Gewerbepark aufgehoben werden.

## Schwerpunkt

### Erweiterung, die Zweite:

#### Bulgarien und Rumänien – noch nicht reif für Schengen?



Am 8. Juni 2011 war es im Europa-Parlament soweit: Mit 487 Stimmen bei 77 Gegenstimmen und 29 Enthaltungen sprachen sich die Parlamentarier dafür aus, dass Bulgarien und Rumänien noch 2011 dem visafreien Schengen-Raum beitreten sollten.

Die Parlamentarier sahen die technischen Voraussetzungen für den Beitritt erfüllt und forderten den Rat auf, dem Parlamentsvotum entsprechend zu

handeln. Die bulgarische und rumänische Regierung freuten sich und nannten die Entscheidung einen „wichtigen Schritt“.

Doch die EU-Innenminister, die einen Tag später in Luxemburg tagten, entschieden anders.

Sie erklärten, dass die Entscheidung über den Beitritt der beiden südosteuropäischen EU-Mitglieder verschoben wird – auf September 2011. Das Ergebnis: Frust und Enttäuschung in Bulgarien und Rumänien. Dabei war der Schengen-Beitritt

ursprünglich bereits für März 2011 vorgesehen. Wieso also das erneute Aufschieben?

### „Technische Voraussetzungen“ kein Hinderungsgrund

An den „technischen Voraussetzungen“ (Kontrolle der Land-, See- und Luftgrenzen, Erteilung von Visa, polizeiliche Zusammenarbeit sowie die Bereitschaft, das Schengen-Informationssystem und Datenschutzmechanismen zu nutzen) mangelt es nicht:



In den letzten drei Jahren hat allein Bulgarien 100 Millionen Euro an EU-Geldern und 30 Millionen an eigenen Mitteln in die Grenzsicherung gesteckt. Eine Experten-

gruppe der EU-Kommission hatte den beiden Ländern unlängst die erfolgreiche Umsetzung der Maßnahmen bescheinigt und auch die Innenminister mussten jetzt zugegeben, dass es auf diesem Sektor keine Probleme mehr gebe.

### Mangelndes Vertrauen und Angst vor Organisierter Kriminalität

Doch es ist zum einen mangelndes Vertrauen, das zur Blockade in der Schengen-Frage führt. Vor allem Frankreich und Deutschland sind von der Effizienz der bulgarischen und rumänischen Verwaltungs- und Justizapparate nicht überzeugt. Dabei stützen sie sich u. a. auf den letzten Fortschrittsbericht der EU-Kommission im Hinblick auf die Lage in Bulgarien und Rumänien. Der Bericht, der im Zuge des so genannten „Kooperations- und Verifikationsmechanismus“ regelmäßig und zuletzt am 18. Februar dieses Jahres veröffentlicht wurde, weist darauf hin, dass es immer noch Defizite im Bereich der Justizreform und bei der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität in den beiden Ländern gebe.

Zum anderen wird – und dies steht in engem Zusammenhang mit der Sorge um die Zuverlässigkeit von Zoll und Grenze – von den Gegnern einer gegenwärtigen Schengen-Erweiterung (zu ihnen gehören auch Finnland, Schweden, die Niederlande, Belgien und Österreich) mehr oder weniger direkt die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, eine Erweiterung von „Schengen“ in Richtung Südosteuropa könne die Zahl der illegalen Zuwanderer erhöhen und für eine Ausbreitung der Organisierten Kriminalität in Europa sorgen.

### Schengen als „Schreckens-Szenario“

Tatsächlich ist es so, dass – sollte Bulgarien und Rumänien dem Schengen-Raum beitreten – erstmals eine direkte Landbrücke zwischen dem Schengen-Mitglied Griechenland und der übrigen EU geschaffen würde.

Nimmt man zu diesen geographischen Tatsachen den jüngsten Europol-Report hinzu, so ließe sich daraus leicht ein Szenario entwerfen, das nichts Gu-



Gegen einen jetzigen Beitritt: Innenminister Friedrich und sein franz. Kollege Claude Guéant.

tes verheißt. In dem Bericht, den die europäische Polizeibehörde im Mai dieses Jahres veröffentlichte, heißt es nämlich, dass Bulgarien und

Rumänien gemeinsam mit Griechenland derzeit das „Südost-Drehkreuz der Organisierten Kriminalität“ in Europa bilden. Zu Schengen addiert hieße dies: Kriminelle Banden und Schleusertrupps nutzen die Abschaffung der Grenzkontrollen und die Liberalisierung der Visapflicht, um ihren Aktionsradius auf die übrige EU auszuweiten. Und auch die Flüchtlinge aus Afrika oder die illegalen Einwanderer aus Südosteuropa reisen über Griechenland oder die Türkei (letztere grenzt an Griechenland und Bulgarien) gleich nach Mittel- und Westeuropa weiter.

### Angst vor dem Wähler

So wenig hier der Ort ist, den Wahrscheinlichkeitsgehalt eines solchen Szenarios zu ermessen – für die Innenpolitik taugt es allemal. Man blicke nur nach Frankreich. Dort wird im Mai 2012 der neue Präsident oder die Präsidentin gewählt, der Wahlkampf hat längst begonnen und angesichts eines absoluten Umfragetiefs kann es sich Präsident Sarkozy absolut nicht leisten, Themen wie „innere Sicherheit“ und „Zuwanderung“ an die rechtsextreme Front National und deren Vorsitzende Marine Le Pen zu verlieren.

Mit seiner Haltung in der Schengen-Frage kann „Sarko“ seinen Landsleuten zeigen, dass er in Europa Stimme und Macht besitzt. Mit der Eurokrise oder der immer noch nicht geklärten Flüchtlingsproblematik klappt das nicht so gut.

In solchen Zeiten – und das wissen auch die Politiker anderer Länder – hilft da meist nur das eine: Beschwichtigung. „Erweiterung“ ist da fehl am Platz.



### Eine Frage der Glaubwürdigkeit

Wenngleich auch das nur eine Lesart der Ereignisse ist, so steht eines fest: Die Bedingungen für den Schengen-Beitritt müssen für die Zukunft überarbeitet und klarer formuliert werden. Denn gemäß EU-Gesetzgebung – und hier ist die Kritik Bulgariens und Rumäniens durchaus gerechtfertigt – ist festgelegt, dass die einzige Bedingung für die Schengen-Aufnahme die Erfüllung der technischen Kriterien ist.

Die Europäische Union hätte bereits zu Beginn ganz deutlich darauf hinweisen müssen, dass sie die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in den Schen-



gen-Raum nicht nur von technischen, sondern insbesondere von politischen Fortschritten abhängig macht. Grade bei diesen beiden Ländern wusste man schließlich, dass der Transformationsprozess hin zu einer funktionsfähigen und stabilen Demokratie noch längst nicht abgeschlossen war (und zum Teil bis heute nicht ist). Nun wird versucht, überhashten Entscheidungen aus der Vergangenheit über Umwege wieder zurück zu nehmen.

Doch es berührt letztlich die Glaubwürdigkeit, wenn die EU Regeln aufstellt, an die sie sich am Ende

selbst nicht hält oder wenn diese Regeln durch einflussreiche Länder einfach außer Kraft gesetzt werden können.

#### **Ausblick**

Während Bulgarien und Rumänien sich nun in Geduld üben müssen, haben die übrigen Länder verkündet, dass sie den kommenden Fortschrittsbericht abwarten wollen, den die EU-Kommission am 4. Juli vorlegen will. Es wäre der neunte (und wohl nicht der letzte).

Europol-Report zur Organisierten Kriminalität in Europa:

[http://www.europol.europa.eu/publications/European Organised Crime Threat Assessment %28OCTA%29/OCTA\\_2011.pdf](http://www.europol.europa.eu/publications/European_Organised_Crime_Threat_Assessment_%28OCTA%29/OCTA_2011.pdf)

## **Termine des Kreisverbandes Steinfurt und auf Landesebene NRW der Europa-Union**



### Kreisverband Steinfurt:

Informationen zu den kommenden Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage des Kreisverbandes ([www.europa-union-steinfurt.de](http://www.europa-union-steinfurt.de))

### Landesebene NRW (Auswahl):

- **10.07.2011:** Europafest in Leverkusen auf Schloss Morsbroich

Bis zum nächsten Info-Brief  
nach den Sommerferien



Ihr Kreisverband Steinfurt der Europa-Union!

Europa-Union Deutschland  
Kreisverband Steinfurt  
Tecklenburger Str. 10  
48565 Steinfurt

Vorsitzender: Rolf Cyprian, Wettringen  
Geschäftsführer: Helmut Heuing, Horstmar  
[helmut.heuing@kreis-steinfurt.de](mailto:helmut.heuing@kreis-steinfurt.de)  
[heike.wildemann@kreis-steinfurt.de](mailto:heike.wildemann@kreis-steinfurt.de)  
Verfasser Infobrief: Guido Mieske

Bankverbindung:  
Europa-Union, KV Steinfurt  
Kreissparkasse Steinfurt  
BLZ: 403510 060  
Kto.-Nr.: 544270